

Aschot L. Manutscharjan

Einführung in die Grundproblematik des Tschetschenienkonfliktes

Ob in Hörfunk, Fernsehen oder in den Printmedien: Die „Krisenregion Kaukasus“ ist in aller Munde. Ungeachtet dieser medialen Präsenz wird die europäische Öffentlichkeit jedoch nur äußerst selektiv und unzureichend über die tatsächlichen Vorgänge im Kaukasus informiert. Ist wieder einmal ein Krieg ausgebrochen, beispielsweise in Berg-Karabach oder in Abchasien, werden dem Bürger die Ursachen des Gewaltausbruchs erklärt, um dann genauso schnell wieder vergessen zu werden. Außerdem findet eine regelmäßige Berichterstattung über die Ölvorkommen im Kaspischen Raum statt. Darüber hinausgehende Informationen über die Region, die ein Teil Europas ist und sich als solchen empfindet, sind für den durchschnittlich interessierten Bürger nur schwer zu finden. Die militärischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, zuletzt der Krieg zwischen der NATO und Rest-Jugoslawien, haben den Kaukasus noch weiter in den Hintergrund treten lassen. Selbst der russisch-tschetschenische Krieg fokussierte das Interesse der Öffentlichkeit nicht auf die gesamte Kaukasus-Region. Vielmehr standen die russischen Militäraktionen und die konkreten Menschenrechtsverletzungen im Mittelpunkt. Ob möglicherweise Gefahren für Europa von dieser Region ausgehen könnten, dieser berechtigten Frage wird kaum nachgespürt. Dabei gibt es genug Gründe, um beunruhigt zu sein, denn der Kaukasus bleibt auf Jahrzehnte instabil, während Russland langsam die Kontrolle entgleitet.

Mit Billigung der Moskauer Zentrale übernehmen die Paten der organisierten Kriminalität die Macht in der Region. Auch wenn Tschetschenien besiegt ist, die Tschetschenen sind es längst noch nicht. Der Krieg wird mit anderen Mitteln fortgesetzt werden, und es ist nicht auszuschließen, dass Tschetschenen terroristische Anschläge auch in Europa planen. International agierende islamische Extremistengruppen werden dabei gerne behilflich sein.

Die unabhängigen Staaten des Südkaukasus Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind ebenfalls alles andere als Stabilitätsfaktoren. Nahtlos kann sich aus der permanenten innenpolitischen Krisensituation ein Gewaltausbruch gegenüber dem politischen Gegner entwickeln, wie die zahlreichen terroristischen Anschläge dokumentieren: Zu ihren Opfern gehören der georgische Staatspräsident Eduard Schewardnadse ebenso wie sein aserbaidsschanischer Kollege Hejdar Alijew. Zuletzt sei an das Blutbad im armenischen Parlament erinnert, das Ministerpräsident Wasgen Sarkisjan und Parlamentspräsident Karen Demirtschian nicht überlebten. Allerdings handelt es sich bei dieser Aufzählung nur um die spektakulärsten Fälle.

Die anhaltende Wirtschaftskrise und die ungelösten Nationalitätenkonflikte zwingen die Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Europa ist das primäre Ziel der Flüchtlinge: Fast eine halbe Million „Kaukasier“ hat in den letzten sieben bis acht Jahren Westeuropa auf illegalen Wegen erreicht. Wie die Statistik zeigt, werden die Zahlen stetig größer. An erster Stelle profitiert die Organisierte Kriminalität in Gestalt von Schieberbanden und Drogenmafia von dieser Entwicklung. Gleichzeitig werden die Kontakte der Kriminellen in Europa und im Kaukasus mit jedem Jahr intensiver.

Schließlich erschwert der strategische Konflikt zwischen Russland und den USA bzw. der NATO mit ihrem Exponenten Türkei eine dauerhafte Befriedung der Region. Hinzu kommt die geopolitische Funktion des Kaukasus als Brücke zwischen Zentralasien und Europa, die eine Beilegung der regionalen Krisenherde verhindert. Denn die jeweiligen nationalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands, der USA und Chinas werden auch in Zukunft divergieren, so dass diese Staaten versuchen werden, ihre spezifischen Ziele mit ihrem jeweiligen „Verbündeten“ in der Region durchzusetzen. Die zu beobachtenden Bestrebungen, die Konflikte mit dem Attribut „Glaubenskrieg“ (zwischen Islam und Christentum) zusätzlich zu etikettieren, dürften eine Lösungssuche weiter komplizieren.

Vieles spricht dafür, den Konfliktherd Kaukasus als Dauerthema auf die europäische Agenda zu setzen. Denn Europa hat nicht nur direkte wirtschaftliche Interessen in der Region: Die dortigen Öl- und Gasvorkommen würden zu einer weiteren Diversifizierung der Versorgung mit Primärenergieträgern beitragen. Hinzu kommen sicherheitspolitische Interessen: Mit der Erhebung der Türkei in den Status eines EU-Beitrittskandidaten im Dezember 1999 wird der Kaukasus zum europäischen Grenzgebiet. Zudem hat die Lage im Kaukasus direkte Auswirkungen auf Russland und damit auch auf die EU. Von daher muß es im vorrangigen Interesse der Europäer liegen, einen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten. Geschehen könnte dies über eine weitere Demokratisierung, indem die reformorientierten Kräfte unterstützt werden. Dennoch fehlt bislang eine europäische Gesamtstrategie gegenüber dem Kaukasus, obwohl die EU mit bislang 855 Millionen Euro enorme Summen in die Region gepumpt hat.

1. Nordkaukasus: Russland verliert die Kontrolle – Kriminelle übernehmen die Macht

Bei der Eroberung des Kaukasus im 19. Jahrhundert traf die russische Armee auf den erbitterten Widerstand der Bergvölker, deren Unabhängigkeitswillen selbst Stalin hundert Jahre später mit der Deportation von Inguschen und Tschetschenen nach Kasachstan nicht endgültig brechen konnte. Denn nach dem Zerfall der Sowjetunion forderte die tschetschenische Führung erneut die staatliche Unabhängigkeit.

In den sieben Autonomen Republiken und nationalen Gebieten des Nordkaukasus leben 60 Völker, Völkerschaften und Stämme mit eigenen Sprachen und Dialekten. Sie gehören zu verschiedenen Sprachfamilien: der indo-europäischen, kaukasischen und türkischen. Hinzu kommen unterschiedliche Religionen, vor allem Islam und Christentum, sowie mannigfache Sitten und Gebräuche, die die nicht-homogene Entwicklung dieser Region unterstreichen. Bei vielen russischen Politologen wird dieses farbige und vielschichtige Mosaik als Bestätigung dafür herangezogen, dass der Nordkaukasus ohne Moskaus starke und ordnende Hand nicht lebensfähig sei.

Darüber hinaus stellt sich auch die politische und ökonomische Entwicklung im russischen Nordkaukasus anders dar als im übrigen Russland: Zunächst leidet die Region – genauso wie alle anderen Gebiete Russlands – unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass der Nordkaukasus über keine nennenswerten Rohstoffvorkommen verfügt und auf die Zuschüsse der Moskauer Zentrale angewiesen ist. Zudem konnten sich die demokratischen Strukturen im Nordkaukasus noch weit weniger etablieren als im übrigen Russland.

Zurückzuführen ist dieses Phänomen auf den starken Einfluss der Clans, also von traditionellen Familienbünden, auf die regionale und kommunale Politik. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Verbreitung der islamischen Gesetzgebung und der islamischen Traditionen im Alltag. Scheitert beispielsweise ein Politiker in der innerparteilichen politischen Auseinandersetzung, tritt er nicht etwa ins Glied zurück. Vielmehr sucht er passende islamische Parolen heraus und gründet auf dieser Basis neue, religiös gefärbte Splittergruppen. Diese Vorgehensweise kann man zurzeit sehr gut in Dagestan beobachten.

Finanzielle und moralische Unterstützung erhalten diese Gruppen aus dem islamischen Ausland, insbesondere aus Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Pakistan. Aktiv gefördert werden sie außerdem von der islamischen Diaspora in Europa, von islamischen Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen. Eine oft unterschätzte Rolle spielen ferner islamische Kreise der Türkei. Den Preis für diese Entwicklung zahlen in erster Linie die Protagonisten einer säkularen gesellschaftlichen Entwicklung. Denn die islamischen Gruppen halten von einer friedlichen Konfliktbeilegung wenig und sind grundsätzlich bereit, die Idee des „Gottesstaates“ auch mit bewaffnetem Aufstand und Terror durchzusetzen. Als Erstes werden die als liberal geltenden religiösen Gegner ausgeschaltet. So wurde der Mufti von Dagestan ermordet. Dagegen hatte der tschetschenische Mufti Glück: er überlebte mehrere Attentatsversuche. Ihm wird vorgeworfen, dass er sich offen gegen die sogenannten „Wahabiten“

stellt. Ein ähnliches Schicksal müssen andere islamische Geistliche erdulden, die sich gegen die fremde, aus Saudi-Arabien importierte radikale Prägung des Islam aussprechen.

Dabei verläuft die Trennungslinie im Nordkaukasus nicht nur zwischen Anhängern einer zivilen und einer islamischen Gesellschaft. Hinzu kommen Konflikte sozialer Natur und eine ethnische Polarisierung der Gesellschaft in nordkaukasische Völker einerseits und Russen andererseits. Denn Russen siedeln in der Region erst seit der Eroberung des Kaukasus vor rund 150 Jahren und gelten nach wie als Fremdkörper. Inzwischen kann man fast zusehen, wie sich der Graben zwischen der russischen Bevölkerung und den einheimischen Völkern und Völkerschaften vertieft.

Auch die Präsidentschaftswahlen, die 1999 in Karatschai-Tscherkesien stattfanden, leisteten keinen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander. Da Moskau wegen seines chronischen Geldmangels keine staatlichen Investitionen in den armen Nordkaukasus lenken kann, muß die Zentrale auf altbewährte Herrschaftsmethoden zurückgreifen: den Politikern im Kreml ist es einerlei, wer in der Region die Macht übernimmt und wie er von ihr Gebrauch macht, solange er sich Moskau gegenüber loyal verhält. Dies schließt die Bekämpfung aller separatistischen Tendenzen am Ort ein. Jede Veränderung der Machtverhältnisse hat militärische Auseinandersetzungen zwischen den mächtigen Familienclans zur Voraussetzung, denn nur sie können kleine Privatarmeen unterhalten. Deshalb ist es kein Zufall, dass in der Region Morde an Politikern an der Tagesordnung sind. Zurzeit sorgt nur die enge Verbindung der Regierenden mit Vertretern der Schattenwirtschaft und der Organisierten Kriminalität für eine gewisse Stabilität in den anderen Autonomen Republiken im Nordkaukasus.

2. Tschetschenien: Die Gründung eines islamischen Staates in Europa scheitert

Der Kampf für die Unabhängigkeit Tschetscheniens, der 1990/91 begann, wurde vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessenla-

gen nicht vom ganzen tschetschenischen Volk unterstützt. Auch andere nordkaukasische Völker beobachteten die politische Entwicklung in Grosny mit Misstrauen. Zwar rief der russische Vernichtungskrieg im Nordkaukasus Mitleid mit den tschetschenischen Flüchtlingen hervor, zu weiterreichenden Solidaritätsaktionen oder gar militärischem Eingreifen waren die Nachbarvölker jedoch nicht bereit. Gleichzeitig wehrten sie Versuche der Tschetschenen erfolgreich ab, sie in den Krieg gegen Russland hineinzuziehen. Obwohl die Tschetschenen Russland 1996 schließlich besiegten, bleibt die Entwicklung Tschetscheniens nach dem Vertrag von Chasawjurt exemplarisch für die ganze Region: es fehlte an einer politischen Elite, die fähig gewesen wäre, ein unabhängiges Staatswesen aufzubauen.

Die Isolierung der politischen Machthaber in Grosny begann, als sie das Land lokalen kriminellen Potentaten überlassen mußten. Denn sie selbst waren wegen der fehlenden Staatsgewalt nicht in der Lage, ihren Herrschaftsanspruch in ganz Tschetschenien durchzusetzen. Aus den „Rittern“, die für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes gekämpft hatten, wurden „Raubritter“, die vom Menschenhandel lebten. Die Einführung der islamischen Gesetzgebung (Scharia) und die Proklamation der Islamischen Republik Itschkeria beschleunigten die Zerstörung der ohnehin kaum funktionierenden staatlichen Institutionen. Als nächstes Ziel hatten die tschetschenischen Krieger den Export des islamischen Gottesstaates in den Nordkaukasus auf ihre Fahnen geschrieben: „Wir bekämpfen den Kreuzzug, den Christentum und Judentum gegen den Islam führen.“ Damit lieferten sie eine Neuinterpretation des „Heiligen Krieges“, die einen wichtigen Hinweis liefert für eine direkte Verbindung mit den Taliban und arabischen islamischen Fundamentalisten. Allerdings fanden die tschetschenischen Gotteskrieger nicht nur zu Osama bin Laden und den Taliban, um gemeinsam für die Gründung eines islamischen Gottesstaates zu kämpfen. Vielmehr wollten sie auch von dem lukrativen Heroinhandel der Taliban profitieren.

Die blutigen Terroranschläge in Russland und der Versuch des tschetschenischen Warlords Schamil Bassajew, auch in Dagestan einen Gottesstaat zu etablieren, provozierten schließlich im September 1999

den zweiten Tschetschenien-Krieg. Unter dem Motto „Bekämpfung des Terrorismus“ verfolgte die in Moskau herrschende politische Elite mit diesem erneuten Feldzug mehrere Ziele gleichzeitig: zunächst gelang es ihr, während des Wahlkampfes für die Staatsduma politisches Profil zu gewinnen und damit ihre Macht zu festigen. Zugleich traten die Korruptionsskandale um die „Kreml-Familie“ in den Hintergrund. Außerdem bekamen Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie ihre sehnsüchtig herbeigewünschte zweite Chance, um sich für ihre „Erniedrigung“ aus dem ersten Tschetschenien-Krieg zu revanchieren. Für die Führung der russischen Armee bedeutet deshalb der jüngst errungene Sieg eine ungeheure Aufwertung. Denn sie hatte nicht nur den ersten Tschetschenien-Krieg verloren, sondern zuvor war sie bereits in Afghanistan gescheitert. Im übrigen hatten die Militärs dem Zerfall der Sowjetunion und der NATO-Osterweiterung tatenlos zusehen müssen.

Mindestens ebenso wichtig war aber, dass der Kreml mit der Zerstörung Grosnys ein unübersehbares Zeichen im Nordkaukasus setzte. Die russische Zentralmacht hatte allen potentiellen Separatisten eindringlich vor Augen geführt, womit sie im Falle eines Aufstandes zu rechnen hätten.

Dennoch ist nicht sicher, ob Moskau mit diesem neuerlichen Kurs der Härte langfristig die richtige Strategie eingeschlagen hat. Die Geschichte des Zerfalls der Sowjetunion infolge einer repressiven Politik gegenüber den Nationalbewegungen im Südkaukasus hat gezeigt, dass eine vermeintliche Politik der Stärke und der Machtdemonstration langfristig auch scheitern kann. Insofern legt die bisherige Entwicklung den Schluß nahe, dass in dem Maße, in dem die Völker im Nordkaukasus unterdrückt werden, auch die antirussischen Ressentiments weiter zunehmen werden.

3. Export des kaukasischen Terrorismus unter der grünen Fahne des Propheten

Mit der militärischen Niederlage Tschetscheniens gegen Russland erreichte der Konflikt eine neue Stufe: an die Stelle des Partisanen-

krieges werden zunehmend Terroranschläge treten, die gezielt auch gegen russische Einrichtungen im Ausland eingesetzt werden. Für diese These sprechen folgende Beobachtungen: in Tschetschenien sind alle bedeutenden islamischen Gruppierungen vertreten, insbesondere die militanten extremistischen, die primär logistische Unterstützung leisten. Zudem hat der zweite Krieg die tschetschenischen Gemeinden in Westeuropa konsolidiert und sie veranlaßt, enge Kontakte mit islamischen Gruppen zu knüpfen. Als ein Resultat dieser Zusammenarbeit organisierten sie bereits gemeinsame Solidaritätsaktionen: sie riefen zu Demonstrationen auf, sammelten Geld und suchten Freiwillige für die Fortsetzung des Krieges.

Die umfangreichen Erfahrungen der Polizei und der Geheimdienste in Europa werden nicht ausreichen, um Terroranschlägen von Tschetschenen im Vorfeld zu verhindern: Im Unterschied zu anderen terroristischen Zellen verfügen sie nämlich über hervorragende Kontakte zur international agierenden Organisierten Kriminalität. Ihre Landsleute beteiligen sich am Heroinhandel, sie betreiben Geldwäsche, Autoschieberei und Waffenhandel. Wegen ihrer Brutalität werden sie selbst von ihren kriminellen Konkurrenten gefürchtet. Entscheidend für dieses enge Band ist jedoch nicht nur die nationale Zugehörigkeit zum tschetschenischen Volk. Entscheidend ist vielmehr die Bindung an den gemeinsamen Teips (Stamm), der ein nahezu unzerstörbares Band zwischen den „Heiligen Kriegern“ und ihren kriminellen Mafia-Brüdern schafft. Gegenseitige Unterstützung ist „Ehrensache“. Zusammenfassend läßt sich also feststellen, dass aus der traditionellen Blutrache in Kombination mit dem Dschihad und der politischen Forderung nach einem unabhängigen Tschetschenien eine neue Variante des Terrorismus entsteht.

Bislang neigten die Menschen in den kleinen tschetschenischen Gemeinden in Europa dazu, wie im übrigen viele in der Diaspora lebende Emigranten, nationalistischer gesinnt zu sein als in der Heimat. Mit den Flüchtlingen aus dem ersten und zweiten Tschetschenien-Krieg verstärkte sich diese Einstellung jedoch dramatisch. Denn in Europa leben die Menschen in Sicherheit, und die Sorge um das tägliche Überleben tritt gänzlich in den Hintergrund. Andere Themen und

Probleme finden daher ihre Aufmerksamkeit. Seit Jahren unterstützen die „tschetschenische Mafia“ und die Auslandsgemeinden nicht nur die tschetschenischen Kämpfer, sondern auch die politische Klasse ihrer Heimat, die sich frei in Westeuropa bewegen kann. Bislang gelten Deutschland und Österreich den international agierenden Terroristen noch als „Ruhezonen“, d.h. sie verüben in diesen Ländern keine Anschläge als Gegenleistung für die Duldung ihrer finanziellen und politischen Engagements. Allerdings bleibt die Frage offen, wie lange diese stillschweigende „Vereinbarung“ noch trägt, denn wie das Beispiel Osama bin Laden zeigt, haben sich die USA in der Einschätzung der Rationalität dieses Terroristen eklatant geirrt. Es gibt letztlich keine Garantie dafür, dass fundamentalistische Gruppen auch in Zukunft keine Anschläge im deutschsprachigen Raum verüben werden. Schließlich ginge es im Falle Tschetscheniens darum, die Dulder der Putinschen Kaukasuspolitik zu „bestrafen“.

4. Südkaukasus: Kein Ende der innenpolitischen Destabilisierung in Sicht

Bereits vor dem offiziellen Ende der Sowjetunion waren aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien unabhängige Staaten hervorgegangen. Infolge ihrer neuen staatlichen Souveränität brachen bislang ungelöste Nationalitätenkonflikte auf, die zusammen mit den dramatischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Transformationsprozesses alle drei Staaten in einer permanenten Krisensituation gefangen halten.

In Armenien war die nationale Idee einer Wiedervereinigung mit Berg-Karabach vergleichbar mit einer Initialzündung. Dieses politische Ziel führte im benachbarten Aserbaidschan zu Pogromen gegen die Armenier, die in Sumgait im Februar 1988 einen Höhepunkt erreichten. Zugleich signalisierte diese Tat exemplarisch, welche Sprengkraft in den Kaukasus-Konflikten lag. Schließlich beschleunigte der Kampf der georgischen nationalen Volksbewegung den Zerfall der Sowjetunion, als sich die Ablehnung des kommunistischen Einparteiensystems mit Separationsforderungen verband. Auf Grund der von weiten Teilen der Bevölkerung getragenen Protestbewegung

hätte die Gründung parlamentarischer Regierungssysteme nahegelegen. Gleichwohl brachten die Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Richtungen der Volksbewegungen Führerpersönlichkeiten nach vorne, die nicht nur mythologisiert, sondern als Personifizierung der Freiheit gefeiert wurden: in Bezug auf Armenien Lewon Ter-Petrosjan und in Georgien Swiad Gamsachurdia. Die ehemaligen Wissenschaftler, die zu keinem Zeitpunkt der KPdSU angehört hatten, entschieden sich für die Einführung von Präsidialsystemen. Dabei bleibt festzuhalten, dass sie später durch freie und demokratische Wahlen in ihre Ämter gelangten.

Anders verlief die Entwicklung in Aserbaidschan: dort putschte sich ein führender Volksfront-Vertreter, Abulfas Elcibey, an die Macht, d.h. es fanden keine freien Wahlen statt. Auf die gleiche Weise kam wenig später der bis heute amtierende Präsident Hejdar Alijew in sein Amt. Gewaltsam wurde auch der georgische Präsident Swiad Gamsachurdia abgesetzt – mit durchaus dramatischen Konsequenzen für sein Land: Georgien wurde von einem Bürgerkrieg erschüttert, der schließlich 1992 Eduard Schewardnadse an die politische Spitze seiner Heimat zurückbrachte. Gleichwohl konnte er es erst drei Jahre später – im November 1995 – wagen, freie Wahlen abzuhalten und sich rechtmäßig zum Präsidenten wählen zu lassen. Die Armenier ersparten sich nur deshalb einen Putsch, weil Präsident Lewon Ter-Petrosjan rechtzeitig dem Druck seiner Regierung nachgab und zurücktrat. Anlaß für die „Palastrevolte“ war seine Kompromißbereitschaft in Bezug auf Berg-Karabach, das er ohne internationale Sicherheitsgarantien sich selbst überlassen wollte. Dennoch blieb auch Armenien nicht von Terrorakten verschont: im Parlament wurde am 27. Oktober 1999 fast die ganze politische Führung des Landes ausgelöscht. Unter den Ermordeten befanden sich die beiden einflussreichsten Politiker Armeniens, Ministerpräsident Wasgen Sarkisjan und Parlamentspräsident Karen Demirtschian.

Gewaltsam herbeigeführte Machtwechsel, Terrorakte, Regierungskorruption und Wahlmanipulationen legen einer Demokratisierung der drei Länder schwere Hindernisse in den Weg. Es gibt jedoch auch positive Anzeichen: ein Mehrparteiensystem konnte etabliert werden,

und zumindest in Armenien und in Georgien wurden Pressefreiheit sowie freie und gleiche Wahlen realisiert. Letztere Faktoren sind entscheidend für den weiteren Aufbau einer Demokratie im Südkaukasus, zumal eine wirtschaftliche Erholung, mit der die Bürger die Demokratie positiv verbinden könnten, in weiter Ferne liegt. In Aserbaidschan wiederum wird der autokratisch herrschende Präsident als Garant für die Stabilität des Landes betrachtet. Seine Autorität nutzt vor allem dem erhofften Ölgeschäft. Hinzu kommt, dass Alijews unumschränkte Machtstellung auch international gefragt ist, um den Karabach-Konflikt einer Lösung zuzuführen. Das gleiche gilt übrigens auch für Verhandlungen Schewardnadses in bezug auf Abchasien.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die in allen drei südkaukasischen Staaten verankerten Präsidialsysteme einer innenpolitischen Stabilisierung der Länder zugute kommen: eine Wiederholung des Chaos, das in Georgien vor Schewardnadse und in Aserbaidschan vor Alijew herrschte, konnte so vermieden werden. Da der „Normalbürger“ Demokratie ohnehin mit Krieg, Armut und Arbeitslosigkeit verbindet, fügt er sich in sein Schicksal und träumt von der vermeintlichen Stabilität unter diesen KP-Chefs in der Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund erklärt sich übrigens auch der Wahlerfolg des ehemaligen KP-Chefs Demirtschian in Armenien. Den meisten Bürgern dürfte mehr oder weniger bewußt sein, dass diese „Retter der Nation“ ihre Länder auch nicht aus der Wirtschaftskrise führen können und sie, die Bürger, noch viele Jahre ohne soziale Sicherheit werden leben müssen. So zeigt die Massenemigration aus Armenien und Aserbaidschan recht deutlich, dass die Menschen für sich in ihrer angestammten Heimat keine Perspektive zu erkennen vermögen. Hinzu kommen in allen drei Staaten Flüchtlingsprobleme und fehlende Investitionen, die einen Wirtschaftsaufbau verhindern und die Frustrationen bei den Zurückgebliebenen vertiefen. Inzwischen zeigt selbst der für den Kaukasus so typische familiäre Zusammenhalt Risse. Die Bildungssysteme erhalten kaum noch staatliche Finanzmittel. Schließlich lernen und studieren die Kinder der einflußreichen Politiker ohnehin im Ausland. Interessant ist allerdings in diesem Zusammenhang, dass die Frage, ob die nationale Unabhängigkeit wirklich

von Nutzen ist, kaum gestellt wird. Selbst die Kommunisten verzichten in ihren Parteiprogrammen auf die Forderung nach einer Wiederherstellung der UdSSR.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Konflikte, mit denen die Gesellschaften der drei südkaukasischen Republiken konfrontiert werden, durchaus ähnlich sind: bei allen Krisen, die zu regionalen Kriegen führten – sei es Tschetschenien, Berg-Karabach, Abchasien oder Südossetien – handelt es sich um Nationalitätenkonflikte, die jedoch jeder für sich sehr unterschiedlich gelagert sind. Dies setzt entsprechend spezifische Lösungsansätze voraus. Leider wird diese Tatsache von den internationalen Organisationen nicht ausreichend berücksichtigt. So hat es Jahre gebraucht, bis die vom Konflikt betroffenen Minderheiten als Konfliktparteien zu den Verhandlungen zugelassen wurden. Mit Ausnahme des tschetschenisch-russischen Krieges ist kein anderer Konflikt der Region religiös motiviert. Selbst im Falle Tschetscheniens kam der Faktor Dschihad erst sehr spät ins Spiel. Aber auch er kann die eigentliche Ursache des Krieges – die Befreiung von Russland – nicht verdrängen. Bemerkenswert ist, dass die sogenannten „christlichen“ Konfliktparteien, also Armenien, Georgien und Russland, weder Unterstützung in der „christlichen“ Welt suchen noch Aussicht bestünde, dass diese sie erhalten würden, während die so genannten „islamischen“ Konfliktparteien Aserbaidschan, Tschetschenien und Abchasien die islamische Welt um militärischen Beistand bitten und ihn auch erhalten. Gleichwohl bleibt richtig, dass die guten politischen Beziehungen, die Georgien zur Türkei unterhält, ebenso wie Aserbaidschan und Armenien zum Iran und zur arabischen Welt, einen staatlich initiierten „Religionskrieg“ verhindern werden.

5. Islam und Christentum: Ein provozierter Religionskrieg ist nicht auszuschließen

Obwohl die beiden christlichen Völker im Südkaukasus – die Armenier und die Georgier – verschiedenen Konfessionen angehören, haben sie sich unabhängig voneinander für einen Prozess der Rechristianisierung entschieden. Erschwert wird diese Entwicklung jedoch

einerseits durch die permanenten Interventionen von Seiten der Politik, andererseits durch gravierende Konflikte innerhalb des Klerus. Dass sich international operierende Sekten ungehindert in der Region ausbreiten konnten, ist nicht zuletzt auf die fehlende Verankerung der Kirchen in den Gemeinden zurückzuführen, da kirchliche Basisarbeit in der Sowjetära unerwünscht war und nicht stattfand.

Die armenisch-apostolische Kirche gehört nicht zu den großen und reichen Mitgliedern der Ökumene. Immerhin verfügt sie als älteste Nationalkirche – bereits im Jahr 301 hatten die Armenier das Christentum als Staatsreligion anerkannt (Taufe Tiridates III) – über einigen Einfluss. Neben ihren traditionell engen Kontakten zu den altorientalischen Kirchen (zur assyrischen, koptischen, äthiopischen) unterhalten die Armenier gute Beziehungen zu den Orthodoxen Kirchen, zum Vatikan und zu den Protestanten. In der islamischen Welt, gleichermaßen bei Sunniten wie Schiiten, verfügt die armenische Kirche ebenfalls über großes Ansehen. Die politische Entwicklung in der konfliktgeladenen Atmosphäre im Südkaukasus und im Nahen Osten läßt die Bedeutung der Kirche in ihrer Vorreiterrolle für Ökumene und interreligiösen Dialog heutzutage nur noch wachsen.

Obwohl das armenische Volk nach dem Völkermord an den Armeniern in der Türkei im Jahr 1915 über den ganzen Erdball verstreut ist, blieb der gemeinsame christliche Glaube das zentrale Bindeglied. Er verbindet die in der Diaspora lebenden Armenier mit ihrer Heimat, unabhängig davon, ob sie im Iran, in Frankreich, den USA oder in Syrien leben. Denn der Sitz des Katholikos, ihres religiösen Oberhauptes, der Heilige Stuhl von Etschmiadsin, liegt nahe der armenischen Hauptstadt Jerewan.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die einstige Sowjetunion über die Person des Katholikos Einfluß auf die in der Diaspora lebenden Armenier zu gewinnen suchte. Es erklärt auch, warum die Kirche erst nach der Unabhängigkeit Armeniens wieder vollends in ihre angestammte Rolle als nationales Bindeglied zwischen Diaspora und Heimat hineinwachsen konnte. Dass sich schließlich die armenischen Politiker diesen Umstand zunutze machen und sich in inner-

kirchliche Angelegenheiten einzumischen suchen, liegt ebenfalls in der Logik der Sache angesichts der nationalen Bedeutung der armenischen Staatskirche. Insbesondere bei der Wahl zum 131. Katholikos im Jahr 1995 bemühte sich die Politik, die Kirche unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Ausgang ist bekannt: es gelang dem ersten freigeählten armenischen Präsidenten, Lewon Ter-Petrosjan, die Wahl von Garegin I. als Katholikos aller Armenier durchzusetzen. Auch sein Nachfolger, das heutige Kirchenoberhaupt Garegin II., wurde 1999 nur mit massiver Unterstützung der armenischen Regierung gewählt.

Die georgische Kirche ist in der Ökumene nicht aktiv vertreten. Vielmehr ist für die Georgier die orthodoxe Kirche seit jeher ein wichtiger Pfeiler ihrer nationalen und kulturellen Identität. Nach der Eingliederung des kaukasischen Königreichs in das zaristische Russland verlor die georgische Kirche ihre Autokephalie und sah sich einem massiven Russifizierungsdruck ausgesetzt. In der kommunistischen Zeit war sie, genauso wie die armenische Kirche, ein Opfer der sowjetischen Religionspolitik. Im heute unabhängigen Georgien muß die orthodoxe Kirche ihre Position neu bestimmen.

So war es ein offenes Geheimnis, dass Ex-Präsident Gamsachurdia unter dem Deckmantel der proklamierten engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen weltlicher und geistlicher Macht de facto die Oberhoheit über die georgische Kirche anstrebte. Als Anthroposoph und Esoteriker wollte er Georgien in einen „anthroposophischen Staat“ verwandeln und damit seiner wahren Mission als „geistiger Lehrer der Menschheit und Hauptüberbringer der Spiritualität“ zuführen. Der Präsident verwies auf den Schutzpatron Georgiens, den Heiligen Georg, um seine These vom „militanten georgischen Christentum“ zu untermauern. Im Gegensatz zu diesem kämpferischen Sendungsbewusstsein betonte Patriarch Ilia II. die christliche Nächstenliebe und die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Völker. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Osseten und Abchasen hatte er als einziger den Mut, sie offen „Brüder“ zu nennen.

Zu den wichtigen aktuellen Aufgaben der Kirche zählt heute die erneute „Bekehrung des Volkes zum Glauben und die Wiederbelebung der christlichen Traditionen“. Zumindest ideelle Unterstützung für seine Bemühungen findet der Patriarch bei der amtierenden Regierung, die an einem guten Einvernehmen mit dem religiösen Oberhaupt der Georgier interessiert ist. „Die Kirche soll außerhalb und über der Politik stehen“, verkündet der Patriarch selbstbewußt. Gleichwohl könne sich die Kirche nicht von den Themen und Problemen fernhalten, die das Volk beunruhigen würden. Dessen ungeachtet verpflichtete Ilia II. die Priester zu einer gewissen Distanz gegenüber der Politik: so untersagte es die Heilige Synode der georgisch-orthodoxen Kirche ihren Priestern, einer politischen Organisation oder Partei beizutreten. Im Unterschied zu anderen orthodoxen Kirchen will die georgische keine Trägerin irgendeiner staatlichen Ideologie sein. Die Gläubigen suchen bei der Kirche und ihren Vertretern Schutz vor den Umbrüchen und Ungewissheiten der Zeit. Wenn die Beziehungen der Menschen zur christlichen Religion vielfach auch noch oberflächlich sind, will die Kirche dennoch ihre Chance nutzen und mehr sein als ein altertümliches Relikt. Ilia II. meint, seine Kirche wolle „kein Symbol, kein Götzenbild“ sein, sondern bescheiden und ruhig ihrer Aufgabe nachkommen und die Gesellschaft auf ihrem Weg zu ihren christlichen Wurzeln zurückbegleiten.

Komplizierter stellt sich die religiöse Ausgangslage in Aserbaidshan dar, wo die Bevölkerung dem Islam schiitischer Ausrichtung angehört. Genauso wie in Armenien und Georgien unterhält auch hier die Regierung enge Kontakte zu dem Oberhaupt der aserbaidshanischen Moslems, Paschasade. Er hat jedoch eine ungleich schwierigere diplomatische Aufgabe zu bewältigen als seine christlichen Kollegen, denn er darf dem kulturell-politischen und militärischen Bündnis mit der mehrheitlich sunnitisch geprägten Türkei nicht im Wege stehen. Gleichwohl hat er zu berücksichtigen, dass das mehrheitlich schiitische Aserbaidshan an die Islamische Republik Iran grenzt, in dem die Schiiten das Sagen haben. Um eine religiöse Einflußnahme aus dem Iran zu verhindern, die letztlich in die gefürchtete politische münden könnte, verbietet Baku religiöse Kontakte nach Teheran. Is-

Islamische Parteien sind in Aserbaidschan verboten, schließlich könnten sie aus dem Iran ferngesteuert werden. Da nur eine Minderheit der Bevölkerung die Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten wirklich kennt, merkt sie nicht, dass das Land auf Grund der massenhaften religiösen Ausbildung seiner Geistlichen in den arabischen Staaten und in der Türkei langsam sunnitisch wird.

Im Unterschied zum Nordkaukasus unterliegt das Alltagsleben in Aserbaidschan bislang keiner Islamisierung. Zurückzuführen ist dies auf die konsequent laizistische Politik des ehemaligen Politbüromitglieds und heutigen Staatspräsidenten Hejdar Alijew. Dennoch bleibt die innenpolitische Lage kritisch, denn die Korruption blüht in Baku, und sie geht einher mit einer Verarmung weiter Bevölkerungsteile. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass in Aserbaidschan langsam ein fruchtbarer Boden für die sozialen Parolen der Schiiten entsteht. Eine „islamische Revolution“ nach dem Vorbild des Iran liegt infolgedessen durchaus im Bereich des Möglichen. Hinzu kommt, dass die Vertreter des aserbaidchanischen Islams auf internationaler Ebene dafür eingetreten sind, den armenisch-aserbaidchanischen Konflikt zu einem Religionskrieg zwischen Islam und Christentum hochzustilisieren: sie baten die islamische Staatenwelt und islamische internationale Organisationen um Unterstützung. Selbst „Mudjahedin“ aus Afghanistan wurden rekrutiert, damit sie in Berg-Karabach ihren „Heiligen Krieg“ führen konnten.

Der aggressive Export des „Wahabismus“ in den Nordkaukasus zeigt, dass auch Aserbaidschan von dieser Entwicklung nicht verschont bleiben wird. Es ist kein Zufall, dass sich die tschetschenische Führung im August 1999 nach der „Befreiung Dagestans“ der „Befreiung Berg-Karabachs“ verschrieben hat. Gleichzeitig boten sich die Tschetschenen Aserbaidschan als zukünftiger islamischer Verbündeter gegen die christlichen Armenier an. Damit wurde der Stein für einen Religionskrieg im gesamten Kaukasusgebiet ins Rollen gebracht. Bislang verhindern nur die traditionell guten Kontakte der armenisch-apostolischen Kirche in die islamische Welt einen Dschihad gegen die im Kaukasus beheimateten Christen.

6. Kaukasus: Konfliktfeld zwischen NATO und Russland

Der Tschetschenien-Konflikt im russischen Nordkaukasus ebenso wie die Konfliktherde im Südkaukasus, also in Abchasien, Berg-Karabach und Südossetien, bleiben wegen der immanenten Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation auf der internationalen Tagesordnung. Obwohl in Berg-Karabach und in Abchasien die Waffen seit 1994 schweigen, vermochten die eingeschalteten internationalen Organisationen keine friedliche Lösung der regionalen Krisen herbeizuführen. Wie sehr sich UNO und OSZE auch um eine Aussöhnung der Konfliktparteien bemühen mögen, alle bisherigen Versuche scheiterten an den divergierenden nationalen Interessen der involvierten Staaten.

Die konkurrierenden Interessen der Großmächte USA und Russland sowie die um eine Erweiterung ihrer regionalen Einflußsphären streitenden Mittelmächte Iran und Türkei führten zur Bildung von Achsen. Auf der einen Seite befinden sich Aserbaidschan, Georgien, die Türkei, Israel und die USA, auf der anderen Seite stehen Armenien, Iran und Russland. Diese Entwicklung ist für die Zuspitzung der Lage in der Region verantwortlich und verhindert eine Eindämmung der Konflikte. Dabei räumt Washington den Interessen der mächtigen Ölkonzerne häufig Vorrang ein vor der Beachtung demokratischer Werte, deren Einhaltung von der US-Regierung auf internationaler Ebene gleichwohl proklamiert und je nach Opportunität auch eingefordert wird. Diese Doppelgleisigkeit der „Realpolitik“ bewirkte nicht nur bei den politischen Eliten im Südkaukasus eine skeptische und zynische Beurteilung der westlichen Demokratien, sondern verunsicherte auch die Bevölkerungen dieser Staaten zutiefst. Inzwischen hat jeder in der Region begriffen, worum es eigentlich geht: es findet ein offener Machtkampf zwischen Russland und den USA um die strategischen Ressourcen in Zentralasien statt, wobei dem Kaukasus als Brücke nach Europa eine Schlüsselstellung zukommt. Demokratische Werte haben in diesem Spiel allenfalls eine taktische Bedeutung. Die Situation wird durch den Umstand kompliziert, dass sich der Kaukasus in Zukunft zu einem ernstzunehmenden Konfliktfeld zwischen der EU und den USA entwickeln könnte, da beide als Konkurrenten um

die Ressourcen der Region auftreten. In diesem Zusammenhang muss die Rolle der Atlantischen Allianz geklärt und die Frage beantwortet werden, wessen wirtschaftliche Interessen sie in der Region gegebenenfalls zu verteidigen gedenkt.

Bislang leistet die russische Militärpräsenz in Armenien, die von Teheran grundsätzlich begrüßt wird, einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Südkaukasus, denn sie schafft ein Gegengewicht zu den politischen Ambitionen der Türkei, die so vorerst auf eine Führungsrolle in der Region verzichten muss. Auch eine Annäherung von Georgien und Aserbaidschan an die NATO erschwert Moskau mit seiner Allgegenwart. Während Tiflis einen NATO-Beitritt vorwiegend aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen wünscht, um die russische Dominanz zu neutralisieren, hat Baku andersgeartete Motive. Das autoritäre Regime zeigt kaum Interesse an der NATO als einer Wertegemeinschaft. Vielmehr geht es Alijew darum, dass die Atlantische Allianz den Karabachkonflikt im Sinne Aserbaidschans löst. Sollte sich die NATO jedoch auf diesen Weg führen lassen, würde sie einen Zeitzünder in Gang setzen, der die Gemeinschaft zerstören könnte, denn der westlichen Öffentlichkeit müßte erst einmal erklärt werden, warum die NATO im Kosovo die Rechte der albanischen Minderheit gegenüber Belgrad verteidigt hat, während sie im Fall von Berg-Karabach gegebenenfalls genau das Umgekehrte zu tun beabsichtigt.

Bereits heute ist es offensichtlich, dass mit dem Erscheinen der NATO als neuem regionalen Akteur im Südkaukasus das Mißtrauen Russlands geweckt worden ist: seit dem Amtsantritt Präsident Putins lastet ein enormer militärischer und politischer Druck auf Georgien. Wenn die NATO Russland weiterhin als Gegner betrachtet und nicht gleichberechtigt in die Konfliktlösung einbindet, wird sich die Haltung Moskaus weiter verhärten. Außerdem erleichtert es der Westen dem Kreml so, der russischen Öffentlichkeit zu erklären, dass der Kaukasus gegen die „Aggression der NATO“ auf jeden Fall „verteidigt“ werden müsse. Von daher legt auch die Analyse der sicherheitspolitischen Dimension nahe, die Europäische Union mit dem Krisen-

management zu befassen und nicht die NATO, vorausgesetzt, man ist an einer friedlichen Zukunft des Kaukasus interessiert.

7. Zusammenfassung

Wie die Analyse gezeigt hat, gehören die ungelösten Nationalitätenkonflikte zu den Kernproblemen im Kaukasus. Die gesamte Region ist davon betroffen, und deshalb sollten sich westliche Regierungen genau überlegen, ob sie und in welchem Kontext sie das Thema Menschenrechte aufgreifen wollen. Wenn sie es tun, wofür gute Gründe sprechen können, sollte dies nie selektiv bzw. einseitig geschehen. Effektiver und überzeugender ist es in jedem Fall, sich glasklar und unmissverständlich für die Durchsetzung und Einhaltung von Minderheitenrechten einzusetzen. Um sich der Tragweite des Themas bewusst zu werden, könnte der Westen aus der Geschichte lernen: so vermochte es die Sowjetunion mitsamt ihrem Gewaltapparat nicht, die Nationalitätenkonflikte auf ihrem Hoheitsgebiet zu verschweigen oder gar zu lösen, ein Umstand, der entscheidend zum Zusammenbruch des Imperiums beitrug. Und vor der Haustür, im Kosovo, kann sich inzwischen jeder anschaulich davon überzeugen, welche Dimension Nationalitätenkonflikte annehmen können und welche Sprengwirkung sie zu entfalten vermögen. Angesichts dieser Erfahrungen sollte sich die Europäische Union aus wohlverstandem Eigeninteresse für einen Friedensprozeß im Kaukasus engagieren. Auch wenn ihre Kapazitäten begrenzt sind, gibt es zu dieser Politik langfristig keine Alternative.

Konkret bedeutet dies, dass die Europäische Union die regionale Kooperation unterstützen sollte, und zwar direkt und nicht durch einen selbsternannten Vermittler wie die Türkei, denn Ankara wird in dieser Rolle nicht von allen Ländern der Region akzeptiert. Außerdem sollte kein Staat bevorzugt von der EU unterstützt werden. Einheitliches Kriterium für materielle wie immaterielle Zuwendungen sollten nachweisbare Erfolge im Demokratisierungsprozeß sein. Vertrauensbildende Maßnahmen, die die EU zwischen Georgien und Abchasien initiiert hat, sollten auch auf Armenien und Aserbaidschan ausgedehnt werden. Zudem könnten die Religionsgemeinschaften an diesen

Projekten teilnehmen, da sie bei der Bevölkerungsmehrheit auf Respekt stoßen. Gleichzeitig hätte diese Vorgehensweise den Vorteil, den Faktor „Glaubenskrieg“ zu entschärfen.

Um die Flüchtlingsströme einzudämmen, empfiehlt es sich, in der Region eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die Menschen genau zu informieren. Dies könnte helfen, die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge zu reduzieren. Allerdings spricht viel dafür, dass es für derartige Aktionen inzwischen zu spät ist, da sich die Schieberbanden hervorragend organisiert haben. Über Mundpropaganda werben sie selbst aktiv für ihre Sache und betonen dabei, auch im Ziel-land „alles im Griff“ zu haben. Abhilfe könnte deshalb am ehesten eine eingehende Prüfung der ausgegebenen Aufenthaltsgenehmigungen schaffen, wobei die Möglichkeit von korrupten Beamten und ihrer Helfershelfer in Europa nicht aus dem Blick geraten sollte.

Internationale Organisationen wie OSZE und UNO sollten ebenfalls einen eigenen Beitrag zur Vertiefung des Dialogs leisten, indem sie Kontakte herstellen und für einen regen Informations- und Meinungsaustausch sorgen, denn über die garantierte Pressefreiheit sowie via E-Mail und Internet bieten sich ganz neue Chancen, Informationen in die Breite der Gesellschaften zu streuen. Was spricht beispielsweise dagegen, in den Bibliotheken und Universitäten dieser Länder PCs mit Internetzugängen zu finanzieren?

Oberstes Gebot sollte bei allen Aktionen der EU eine größtmögliche „Neutralität“ sein, d.h. Erfolge dürften sich am ehesten einstellen, wenn sich die Europäer nicht als Vertreter der politischen Interessen der USA oder der Türkei instrumentalisieren lassen. Auch wäre es fatal, Russland oder den Iran zu dämonisieren, denn ohne diese beiden Länder wird es keine Stabilität im Kaukasus geben. Für die Befriedung der Region ist es unerlässlich, keinen Staat aus dem Prozeß der regionalen Kooperation auszuschließen. Bereits heute bezieht die EU Russland und den Iran in die Zusammenarbeit ein und grenzt diese Staaten nicht aus, wie es die USA versuchen. Die Europäer dürfen sich deshalb zugute halten, die regionale Zusammenarbeit und Stabilität weitaus mehr gefördert zu haben als Washington, das sich

im Kaukasus gerne als Partner anpreist. Obwohl sich die USA selbst gerne als „strategischer Akteur“ in der Region bezeichnen, sind sie es de facto nicht, zumal die Öl- und Gasvorkommen aus dem Kaspischen Raum nicht für den US-Markt bestimmt sind. Statt dessen hat die EU stillschweigend diese Rolle längst übernommen.

Dr. Aschot L. MANUTSCHARJAN,
Konfliktanalytiker Armenien und Deutschland, Bonn